

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zweiseitiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Breinig, Sanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 178

Sonnabend, den 2. August 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil

### Obstversteigerungen an Staatsstraßen

Die Obstinungen sollen wie folgt versteigert werden:

Amtsstraßenmeisterbezirk Bautzen-Nord und -Süd am 16. August 1930, vorm. 10 Uhr im „Bürgergarten“ in Bautzen;

Amtsstraßenmeisterbezirk Bischofswerda am 12. August 1930, vorm. 11 Uhr im Hotel „Goldene Sonne“ in Bischofswerda;

Amtsstraßenmeisterbezirk Ramenz und Königsbrück am 14. August 1930, vorm. 9 Uhr im Fremdenhof „Stadt Dresden“ in Ramenz.

Auskunft über die Pachtsstellen durch die zuständigen Bezirksamtsstraßenmeister oder Straßenwarte.

Staatliches Straßen- und Wasser-Bauamt Bautzen

### Die Aufwertungssteuer

Ihr Monat August d. J. wird am 5. d. M. fällig. Die Pflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangsweiser Vorkontierung alsbald an unser Steueramt abzuführen. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht. Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich.

Pulsnitz, am 2. August 1930.

Der Stadtrat

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

## Der Reichsarbeitsminister rechnet auf 5-7 Millionen Arbeitslose

Ungünstige Entwicklung der sächsischen Finanzen — Die sächsischen Notverordnungen — Neuer großer Aufstand in China

Paris. Reichsarbeitsminister Stegerwald gewährte einem Vertreter des „Excelsior“ eine Unterredung, in der er sich über die politische Krise in Deutschland äußerte und die Gründe angab, die zur Auflösung des Reichstages geführt hätten. Die Wurzel allen Übels sei das Arbeitslosenproblem. Die Auflösung des Reichstages bedeute für 1930 eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern um mehrere Hunderttausend, und

im Frühjahr werde die Regierung bestimmt wieder einige hundert Millionen Mark flüssig machen müssen, um den Arbeitslosen zu Hilfe zu kommen.

Während der Beratung des Finanzprogramms sei es eine Meinungsverschiedenheit sich nur auf 1 Proz. der Ausgaben für 1930 bezogen hätten. Von dieser Summe gingen allein 2 1/2 Milliarden für die Arbeitslosen fort, und derjenige, der behauptete, die deutsche Wirtschaft könne noch mehr Lasten auf sich nehmen, sei verrückt und unwürdig im Reichstage zu sitzen.

Auf den bevorstehenden Wahlkampf eingehend, betonte Stegerwald, daß es sich hier nicht um Republik oder Monarchie handele, sondern um die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Entweder gebe man denen recht, die den Mut gehabt hätten, das Uebel an der Wurzel zu bekämpfen, selbst wenn sie sich dabei unbeliebt machten, oder das deutsche Volk gehe einem noch nicht dagewesenen Elend entgegen, das sich in 5 bis 7 Millionen Arbeitsloser ausdrücken werde.

Wenn die Parteien sich feinerzeit im Reichstag nicht hätten einigen können, so habe dies an den Sozialdemokraten gelegen, die aus Prinzip gegen die Regierung gestimmt hätten, weil sie annehmen, das Kabinett Brüning regiere gegen sie.

### Ungünstige Entwicklung der sächsischen Finanzen

Die sächsischen Staatsfinanzen haben sich im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1930 (April bis Juni) entsprechend der wirtschaftlichen Lage äußerst ungünstig entwickelt. Die Steuereinnahmen brachten im ersten Vierteljahr nur 52,4 Millionen Mark bei einem Jahresoll von fast 251 Millionen Mark. Bessern sich die Steuereinnahmen nicht, so wird allein dieser Posten am Schluß des nächsten Jahres einen Minderertrag von rund 40 Millionen Mark bringen. Die staatlichen Betriebe haben im ersten Vierteljahr Zuschüsse in Höhe von 1,49 Millionen Mark erfordert. Die Gesamteinnahmen betragen im ersten Vierteljahr 80,8 bei einem Jahresoll von 408 Millionen Mark, so daß sich Mindereinnahmen von annähernd 60 Millionen Mark ergeben werden, da die Ueberlässe der Staatsunternehmungen, die mit 22,8 Millionen Mark veranschlagt sind, im allgemeinen erst am Schluß des Rechnungsjahres einlaufen und hierdurch der aus obigen Zahlen zu errechnende Minderertrag der Einnahmen von rund 80 Millionen Mark entsprechend verringert wird. — Die Ausgaben betragen im ersten Vierteljahr rund 95 Millionen Mark, so daß, wenn diese Verminderung anhält, eine Verbesserung gegenüber dem Vorschlag um etwa 25 bis 28 Millionen Mark eintreten dürfte. Insgesamt ergibt sich für das erste Vierteljahr ein Fehlbetrag von 14,4 Millionen Mark, während der Haushaltsplan bekanntlich überhaupt keinen Fehlbetrag vorsah.

Im außerordentlichen Haushaltsplan betragen die Ausgaben bisher 4,16 Millionen Mark bei einem Jahresoll von 13,91 Millionen Mark.

### Die sächsischen Notverordnungen vor dem Zwischenaußschuß des Landtages

Auf Antrag der Regierung trat der Zwischenaußschuß des Landtages zu einer Sitzung zusammen, um zur Ablicht der Regierung, eine Reihe von Fragen im Wege der Notverordnungen zu regeln, Stellung zu nehmen. Es handelte sich zunächst um die Bereitstellung eines einmaligen Sonderzuschusses von 4 Millionen M., mit denen den Bezirksfürsorgeverbänden die Durchführung ihrer Aufgaben, die ihnen infolge der Fürsorge für die Krisenunterstützungsempfänger und sogenannten Wohlfahrtsberwerblosen als Folge der anhaltenden großen Arbeitslosigkeit erwachsen, finanzielle Hilfe gewährt werden soll. Weiter soll das Stempelsteuergesetz, wie es vom letzten Landtag bereits bis zur zweiten Beratung fertiggestellt worden war, durch Notverordnungen in Kraft gesetzt werden. Die Regierung begründete diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, die sächsischen Stempelsteuereinnahmen anderen deutschen Bundesstaaten anzugleichen, um auf diese Weise der sächsischen Wirtschaft Erleichterungen zu gewähren. Diese Maßnahme sei auch vom Standpunkt der Staatsfinanzen aus erforderlich, damit dem Staate nicht Stempelsteuern verloren gingen, was unbedingt der Fall sei, wenn die Notverordnungen nicht erlassen würden. Durch die dritte Notverordnung soll die Weitergeltung der vom vorigen Landtag genehmigten Notverordnung über die Grundsteuer für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 auch auf 1930 vorgeschrieben werden. Durch diese Notverordnung wird erreicht, daß die Einheitswerte vom 31. Dezember 1925 auch weiterhin die Grundlage für die Erhebung der sächsischen Grundsteuer abgeben.

In der Aussprache wurde wiederholt die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit die rechtlichen Grundlagen für den Erlass dieser Notverordnung in der Verfassung gegeben sei. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß nach der Verfassung die Voraussetzungen für die Notverordnungen nicht zu bezweifeln seien. Es handele sich in allen Fällen um dringende Maßnahmen, die sowohl im Interesse des Staatswohlens wie im Interesse der Wirtschaft getroffen werden müßten.

Die erste Notverordnung billigte der Zwischenaußschuß einstimmig, die Notverordnung zum Stempelsteuergesetz lehnten die beiden Linksparteien ab, die dritte Notverordnung fand lediglich die Billigung der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, was ihre Ablehnung bedeutet.

Da die Regierung verfassungsmäßig lediglich verpflichtet ist, den Zwischenaußschuß zu hören, ist aber kaum am Erlasse der gekennzeichneten Notverordnungen zu zweifeln.

### Öffentliche Aufträge und Massenentlassungen.

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministers, Amtlich wird mitgeteilt:

Vorkommnisse der letzten Zeit haben den Reichsarbeitsminister veranlaßt, die Beschaffungsressorts darauf hinzu-

wiesen, daß es nicht angängig ist, öffentliche Aufträge an solche Firmen zu vergeben, die in den Beziehungen zu ihren Arbeitnehmern ein offenbar unsoziales Verhalten an den Tag legen, oder durch ungerechtfertigte Ueberstunden oder Massenentlassungen, die nicht in der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebes begründet sind, den Zwecken zuwiderhandeln, die die Reichsregierung mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm verfolgt.

### Reichsbahnanleihe

#### zur Arbeitsbeschaffung.

Die Reichsregierung erhofft dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Die Pressestelle der Reichsregierung teilt mit:

Die mit einem Bankentonsortium unter Führung der Reichsbank gepflogenen Verhandlungen über die Finanzierung des Arbeits- und Beschaffungsprogramms der Deutschen Reichsbahn sind erfolgreich abgeschlossen. Von dem Gesamtbetrag von 150 Millionen Reichsmark Schaganweisungen sind bereits 75 Millionen begeben, während der Rest am Kapitalmarkt untergebracht werden soll. Die Schaganweisungen sind mit fünfjähriger Laufzeit und einem Zinsfuß von 6 Prozent ausgestattet. Die Papiere werden zu einem Ausgabekurs aufgelegt, der den Zeichnern eine günstige Effektivverzinsung sichert. Sie sind zur Lombardierung bei der Reichsbank und der Preussischen Staatsbank zugelassen. Die Verleihung der Mindestsicherheit ist beantragt. Die Befreiung der Zinssteuer vom Steuerabzug vom Kapitalertrag ist ferner gestellt.

Die Reichsregierung hofft, in der Belebung der deutschen Wirtschaft einen wesentlichen Schritt weitergekommen zu sein und erwartet, daß das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn im Rahmen des Gesamtbeschaffungsprogramms und der damit zugleich angestrebten allgemeinen Preisfestsetzung wesentlich dazu beitragen wird, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

### Eine wirtschaftliche Aktion des Reichskanzlers

Berlin, 1. August. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, hat Reichskanzler Dr. Brüning zum nächsten Montag die Führer der deutschen Wirtschaft zu einer Besprechung zu sich gebeten, um Fragen zur Hebung und Ankurbelung der Wirtschaft, vor allem der Bauwirtschaft, gemeinsam zu erörtern. Man erwartet aus dieser Besprechung wirtschaftsfördernde Beschlüsse.

### Neuer großer Aufstand in China.

Die Zentralgewalt in Nanking machtlos.

London. Die Zustände in China, im Jangtse-Becken, werden allmählich genau so beunruhigend wie im Frühjahr 1927. Die Zentralgewalt in Nanking verliert fortgesetzt an Boden. Augenblicklich ringt sie gerade um den Besitz der Provinz Schantung. Voraussichtlich wird sie diese wichtige Provinz verlieren, da Nanking-Generale erneut zum Norden übergehen. Viel schlimmer ist die Lage im Südwesten der Zentralprovinzen durch das

gewalttätige Auftreten einer ganzen Reihe von Marschallhorde,

die sich Kommunisten nennen. Die Kommunisten verfügen in diesem Gebiet über etwa 60 000 Mann, die mit 45 000 Gewehren, vielen Feldgeschützen, Flugzeugen und Fundstücken ausgerüstet sind. Zusammenstöße mit den Fremden werden täglich erwartet. Die Fugate der Nanking-Regierung an die amerikanische Regierung, daß Nanking alle Verantwortung für Leben und Eigentum der Fremden über-

